

Sparkassen treten bei Sepa-Lastschrift auf die Bremse

DSGV will nachhaltige Etablierung abwarten – Bankenverband und BVR gehen offensiv vor –
PPI-Studie: Unternehmen noch zaghaft

Börsen-Zeitung, 24.10.2009
cr/nh Brüssel/Frankfurt – Die Sparkassen sind technisch in der Lage, im neuen europäischen Zahlungsverkehrsraum mit Sepa-Lastschriften voranzugehen. Aufgrund rechtlicher Unsicherheiten in mehreren EU-Staaten wollen sie mit der Umsetzung des Lastschriftverfahrens aber noch warten. Dagegen stehen Privatbanken und Kreditgenossen in den Startlöchern, zum 1. November die Sepa-Lastschrift offensiv zu vermarkten.

Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Bernd Fieseler, sagte in Brüssel, „wir brauchen ein solides Fundament für die neue Sepa-Lastschrift, damit Vertrauen entsteht und der Marktstart erfolgreich wird“. Nach Auffassung des DSGV ist die Rechtssicherheit aber noch nicht

Hintergrund ist, dass sich die Staaten mit der Verabschiedung der EU-Richtlinie zum europäischen Zahlungsverkehrsraum verpflichteten, die Vorgaben bis zum 1. November 2009 in nationales Recht zu überführen, um die Sepa-Lastschrift zu starten. Sie ist der letzte Teil zur Schaffung des europäischen Zahlungsverkehrsraums. Die Umstellung auf einheitliche Überweisungen und Kartenzahlungen hatte die Finanzbranche bereits 2008 durchgeführt.

Fieseler bemängelte zudem mangelnde technische und wirtschaftliche Planungssicherheit. Fortgeschrittene Diskussionen über die Weiterentwicklung der Regelwerke und Verfahren im Europäischen Zahlungsverkehrsrat (EPC), in dem die Finanzbranche die technischen Vorarbeiten zu Sepa leistet, trügen eher zur Verunsicherung der Kunden bei und blockierten Investitionsentscheidungen in Unternehmen.

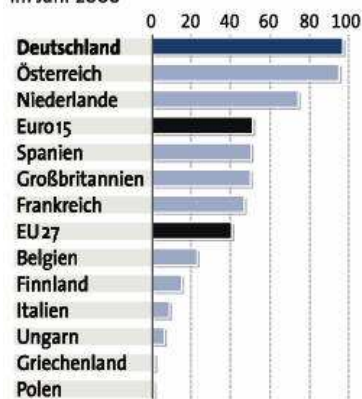
die Sepa-Instrumente zu erreichen (vgl. BZ vom 14. Oktober).

Die am Freitag offenbarte Haltung des DSGV steht im Kontrast zu den anderen deutschen Institutsgruppen, die die Themen Rechts- und Planungssicherheit nicht als wesentlichen Hinderungsgrund für eine offensive Begleitung des Sepa-Lastschriftverfahrens sehen. Beim Bundesverband deutscher Banken, der auch in Sachen Enddatum ganz auf der Brüsseler Linie liegt, weist man darauf hin, dass zum Novemberbeginn über 2 600 europäische Banken mit der Sepa-Lastschrift an den Start gehen würden, von deutscher Seite seien fast alle privaten Banken dabei.

Auch im Genossenschaftssektor will man das Thema aktiv in der Gruppe angehen. In einer Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) heißt es, die rund 1200 Institute würden die neue Sepa-Lastschrift ab 2. November flächendeckend anbieten. Man werde Privat- und Firmenkunden von Anfang an zusätzlich zu den nationalen Einzugsermächtigungs- und Abbuchungsauftragsverfahren die europäische Option eröffnen.

Ungleiche Lastschriftnutzung im Europäischen Raum

Anzahl der Lastschriften pro Einwohner im Jahr 2008



© Börsen-Zeitung

Quelle: EZB

in allen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) gegeben. Mindestens sechs Länder, darunter Polen, Griechenland und Schweden, hätten die einheitlichen gesetzlichen Regelungen noch nicht umgesetzt, betonte der DSGV-Vorstand. Zudem sei die Erreichbarkeit von Unternehmen in anderen europäischen Ländern nicht in vollem Umfang gewährleistet.

Angst vor dem Enddatum

Fieseler machte außerdem deutlich, die Sparkassen seien gegen ein fixes Datum, um die nationalen Zahlungsinstrumente auslaufen zu lassen. Der DSGV setze auf eine „auf dem Kundenvertrauen aufbauende Einführung der Sepa-Lastschrift“. Erst wenn die nötige kritische Masse erreicht werde, solle über ein Datum zum Umstieg auf die Sepa-Lastschrift geredet werden.

Druck für ein konkretes Datum zur Abschaffung der nationalen Zahlungsinstrumente machen derzeit die Brüsseler Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB). EU-Kommissar Charlie McCreevy hatte zuletzt erklärt, es gebe „starke wirtschaftliche Argumente“, ein konkretes Datum für den vollständigen Umstieg auf die Sepa-Instrumente zu fixieren.

Auch EZB-Direktoriumsmitglied Gertrude Tumpel-Gugerell ist für einen konkreten Endtermin. Das Festhalten an einem dualen System nationaler und europäischer Zahlungsinstrumente sei für alle Beteiligten „kostspielig“. Es gelte daher, „ein realistisches, aber zugleich ambitioniertes Datum“ für den Umstieg auf

Noch kein Zwang

Grundsätzlich gilt, dass es den Kreditinstituten in Europa noch für ein Jahr freigestellt sein wird, inwieweit sie als Absender oder Empfänger von Sepa-Lastschriften partizipieren. Bis spätestens 1. November 2010 allerdings müssen dann alle Zahlungsdienstleister des Euro-raums auch Sepa-Lastschriften verarbeiten können, und kraft gesetzlich verbindlicher Vorgaben teilnehmen.

Beim DSGV verweist man darauf, dass beispielsweise die französische Kreditwirtschaft im Grundsatz erklärt hat, erst im November 2010 mit von der Partie zu sein. Damit falle der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik in Sachen Erreichbarkeit für den neuen Lastschriftverkehr aus und erschwere Sepa-willigen Unternehmen vom Start weg die einheitliche Nutzung des neuen Verfahrens. Gleichwohl

gibt es eine Reihe französischer Banken, die bereits signalisiert haben, zum frühen Datum Sepa-fähig zu sein. Auch in den Ländern, in denen die Richtlinie noch nicht umgesetzt wurde, finden sich Großbanken zum frühen Sepa-Start ein und verpflichten sich, grenzüberschreitende Lastschriften nach den neuen Regeln nicht nur abzuwickeln, sondern gegebenenfalls auch rechtssicher rückabzuwickeln.

Bundesregierung gefordert

In einem Punkt sind sich die deutschen Institutsgruppen indes einig, nämlich, dass die neuen Verfahren auf nationaler Ebene einer deutlichen Unterstützung der Politik bedürfen. Zum einen, indem öffentliche Verwaltungen mit ihrem großen Zahlungsaufkommen eine rasche Migration betreiben und so die Sepa-Verfahren fördern.

Zum anderen ist die Bundesregierung aufgefordert, umgehend eine

gesetzliche Lösung für die Umwandlung bestehender Einzugsermächtigungen in Sepa-Lastschriftmandate zu finden. „Nur so wird es Verbrauchern ermöglicht, das neue Verfahren zu nutzen, ohne dass hohe Umstellungskosten für die in Deutschland millionenfach erteilten Einzugsermächtigungen entstehen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Falkensteiner Runde, in der sich die für die technische Realisierung der Sepa-Verfahren zuständigen Bankvorstände aus allen Sektoren der deutschen Kreditwirtschaft treffen.

Auch Fieseler forderte am Freitag eine nationale Regelung, um den Unternehmen den Übergang auf die Sepa-Lastschrift „so einfach wie möglich zu machen“. Bei rund 8 Milliarden Lastschriften wären bei einer Umstellung etwa 700 Millionen neuer Einwilligungen von Kunden einzuholen. Dies koste die Unternehmen rund 1,5 Mrd. bis 2 Mrd. Euro.

Dazu kämen noch 600 Mill. Euro Portoaufwendungen.

Bei aller Intensität der technischen Vorbereitungen im Bankenlager ist die große Frage, inwieweit die Unternehmen als Rechnungssteller mitmachen. Eine neue Studie der PPI AG in Verbindung mit Ibi Research an der Universität Regensburg zeigt, dass deutsche Firmenkunden mit Sepa-Instrumenten noch wenig vertraut sind. Nur 28 % der Befragten haben genaue Vorstellungen davon, was Sepa für ihr Unternehmen bedeutet. In Bezug auf die Sepa-Lastschrift gab nur etwa jeder siebte Teilnehmer mit genauen Vorstellungen über Sepa an, dieses Verfahren noch in 2009 nutzen zu wollen. Fast zwei Drittel der deutschen Unternehmen planen derzeit keine Nutzung der Sepa-Lastschrift, heißt es in der Studie, die am 3. November auf dem Petersberger Electronic-Banking-Forum vorgestellt werden soll.

